

Zwangsheiraten - falsch verstandene Toleranz

Menschenrechtlerin Seyran Ates beim Polit-Forum Zentralschweiz

Als Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe über Zwangsheirat fand im KKL ein Abend mit szenischen und filmischen Skizzen zum Thema und anschliessender Diskussion statt. Die Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates leuchtete eine dunkle Sphäre europäischer Realität aus.

He. Erst seit kurzem wird das Thema Zwangsheirat öffentlich verhandelt, galt es doch lange als politisch inkorrekt, Migrantengruppen im Zusammenhang mit Gepflogenheiten, die sie selber als Tradition hochhalten, dezidiert Kritik auszusetzen. Doch Berichte betroffener Frauen, die vor einer Zwangsverheiratung und damit vor der eigenen Familie nach Europa geflüchtet sind, machten deutlich, dass aufgeklärte Gesellschaften ein brennendes Thema zu übersehen drohen.

Skandalon Verheiratung im Kindesalter

Auch in der Schweiz sind Zwangsheiraten eine Realität. Der Lehrkörper mancher Schule sieht sich damit konfrontiert und weiss, wie behutsam das Gespräch mit den Familien zu suchen ist beim Verdacht, ein Teenager könnte während der Ferien in der Heimat in eine Ehe gezwungen werden. Dass die betroffenen jungen Frauen ihre eigene Familie gegen sich haben, zeigte sich auch bei der Todesdrohung, die am 20. Mai gegen eine in St. Gallen wohnhafte Türkin ausgesprochen wurde, die ihre Zwangsheirat auflösen wollte. Die Behörden reagierten erstmals prompt und liessen den Vater wie auch den Ehemann ausweisen.

Das Thema Zwangsheirat wird von Migrantinnen der zweiten und dritten Generation auch hierzulande vermehrt diskutiert. Der 2005 gegründete, multikulturell bestückte Verein Polit-Forum Zentralschweiz (www.polit-forum.org) setzt sich für die Partizipation und Integration der in der Innerschweiz lebenden Migrantinnen und Migranten ein und widmet dem Thema Zwangsheirat eines seiner Projekte. Zusammen mit dem Verein Integrationsnetz Zug und der Initiative zwangsheirat.ch zeichnet das Forum verantwortlich für eine Veranstaltungsreihe, deren Auftakt am Mittwoch in Luzern stattfand.

Eine szenische Skizze und eine Reihe filmischer Interviews mit Betroffenen, die in der Region leben - eine Türkin mit kurdisch-alewitischem Hintergrund, eine Kosovarin, eine scheidungswillige Frau aus Sri Lanka und eine Mazedonierin -, stimmten in das Thema ein. Dass, wer sich gegen die Konvention auflehnt, mit dem Ausgestossensein aus der eigenen Familie

bezahlt, gilt bei aller Verschiedenheit für alle Fälle.

Deshalb ist die Unterstützung in den Aufnahmegesellschaften zentral. Und diese leisten an erster Stelle das Strafrecht und seine Durchsetzung. Das betonte auch die in Istanbul geborene Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates, die heuer den Preis des Humanistischen Verbandes Deutschland erhält und erstmals in der Schweiz auftrat. Sie umriss den Begriff Zwangsheirat sehr eng, indem sie ihn auf Heiraten einschränkte, bei denen mindestens ein Partner minderjährig ist und nicht nach seinen eigenen Wünschen befragt wird. Aus dem Publikum war moniert worden, auch erwachsene Migrantinnen sähen sich - zwecks Arbeitsaufnahme - zur Heirat mit einem Niedergelassenen gezwungen.

Für Menschenrechte, nicht gegen Männer

Die streitbare Berliner Anwältin, die auch im Bundestag das Dossier Zwangsheirat betreut, berichtete aus ihrer Praxis. Die Hälfte ihrer Fälle steht mit Zwangsheiraten im Zusammenhang. Anwältin wurde sie, nachdem sie gesehen hatte, dass viele (ausländische) Frauen ihre Rechte nicht kennen. Dass die Straftat Zwangsheirat weltweit in allen Gesellschaftsschichten und Kulturen und unabhängig von der Religion vorkomme, müsse erkannt werden.

Solche Ehen als «arrangierte Heiraten» zu verharmlosen, sei nicht statthaft. Mit ihren Klienten - mitunter auch junge Männer - gehe sie stets der Frage nach, wie die Ehe, die sie nun auflösen wollen, zustande kam. Letztlich gehe es darum, dass eine Familie, ein Clan bestimme, welche Sexualität ein junges Mitglied leben dürfe. Es gehe um ein gesellschaftliches Thema, nicht um eine Kampagne gegen die Männer. Trotzdem werde sie immer wieder tätlich angegriffen von Angehörigen ihrer Klientinnen.

Endlich gebe es im Bundestag eine Debatte über Zwangsheirat als schweren Fall von Nötigung, nachdem noch vor wenigen Jahren die Forderung nach einem gesonderten Straftatbestand abgelehnt wurde. Auch in der Diaspora lebten die Zugewanderten aus einem Dorf oft im selben Quartier, herrsche eine totale soziale Kontrolle. Mit Erziehungsmassnahmen müsse man den Heranwachsenden ein Herauslösen aus diesen Zwängen ermöglichen. Wenn ein 13-jähriges Mädchen von seinem Vater an einen Bekannten zur Begleichung einer Spielschuld abgegeben werde, sei das eine Straftat, die spätestens in der Emigration korrigiert werden müsse.

Dass die zweite und die dritte Generation der Emigranten sich diesen patriarchalen Praktiken widersetzen, zeigte die Diskussion. Solche Probleme, so der Tenor, würden durch die Integration automatisch gelöst. Dass diese etwa in homogenen Ausländerquartieren behindert wird, dämpft den Optimismus. Das hat auch der Europarat realisiert, der jetzt Druck auf seine Mitglieder macht, wie Nationalrätin Rosemarie Zapfl berichtete. Als Mitglied der Kommission für Chancengleichheit im Europarat

verfasste sie den Grundlagenbericht über die Zwangsheirat.

Mehr unter: <http://www.zwangsheirat.ch>